Beschlussvorlage BV 143/2020 (TA)

Anfragen und Anträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu einem ÖPNV-Ferienticket für Schüler

Beratungsfolge	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Technischer Ausschuss – Vorberatung –	11.05.2020	öffentlich
Kreistag – Beschluss –	25.05.2020	öffentlich

Beschlussvorschlag:

Der Antrag auf kostenlose Benutzung der Busse für Schüler in den Sommerferien im Landkreis Freudenstadt wird befürwortet.

Finanzielle Auswirkungen: ☐ Keine ☒ Ja

Fachamt: Amt für Ordnung und Verkehr

Anlage: Tarifangebot bw-tarif Schüler-Ferienticket in Baden-Württemberg

---

Zum TOP eingeladen: Peter Kuptz, Amtsleiter Amt für Ordnung und Verkehr
Oliver Valha, Sachgebietsleiter Mobilität und Nahverkehr

I. Worum geht es?

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat im Rahmen der letzten Sitzung des Technischen Ausschusses den untenstehenden Antrag eingereicht. Im Rahmen der Beratungen hat man sich darauf geeinigt, den Antrag in der nächsten Sitzung des Technischen Ausschusses zu besprechen. Mögliche finanzielle Auswirkungen werden dann im Jahr 2021 haushaltsrelevant.

Es wurde folgender Antrag gestellt:

> „Wir beantragen, dass alle Schüler im Landkreis in den Sommerferien künftig kostenlos mit dem Bus fahren können."

II. Sachverhalt

Nach der aktuell geltenden Schülerbeförderungssatzung des Landkreises können Schüler, deren Wohnort mehr als 3 km vom Schulort entfernt liegt, eine Schülermonatskarte erhalten. Die Kosten für diese Fahrkarten trägt, abzüglich des jeweiligen Eigenanteils, der Landkreis. In den Sommerferien können diese Schüler ein Schülerferienticket gegen ein Pfand von 15 € erhalten. Das Pfand erhalten sie nach den Sommerferien gegen Vorlage der Septemberfahrkarte wieder zurück.

Die Verwaltung hat den Antrag geprüft und die VGF-Verkehrsgemeinschaft Freudenstadt um eine Hochrechnung gebeten, wie sich die beantragte kostenlose Nutzung des ÖPNV von allen Schüler in den Sommerferien auswirkt.

Der ursprüngliche Gedanke, eine Lösung für die Schüler, die innerhalb der 3 km zum Schulort wohnen, zu finden, ist nahezu unmöglich. Schüler müssten im Bus bzw. auf der Geschäftsstelle dies im Einzelnen nachweisen. Jeder Fall müsste bei dieser Variante anhand von Personalausweis und Schülerausweis einzeln berechnet werden.

Aus diesem Grund schlägt die Verwaltung - in Abstimmung mit der VGF - vor, dass für den Fall der Umsetzung dieser Regelung, dann grundsätzlich alle Schüler in den Sommerferien, z.B auch solche, die mit den Eltern, dem Fahrrad usw. täglich zu Schule fahren, den ÖPNV kostenlos nutzen können. So könnte der Schülerausweis in dieser Zeit als Fahrkarte gelten. Dies würde die Handhabung erleichtern und das Kontrollpersonal entlasten.

Durch dieses kostenlose Angebot könnten die Einnahmen der VGF in der Zeit der Sommerferien sinken, da weniger Einzelfahrscheine verkauft werden. Des Weiteren könnte es zu Kündigungen von September-Schülermonatskarten kommen, da die Schulferien in der Regel noch bis in den September dauern. Mit Blick auf die Ferientermine in den kommenden Jahren rechnet sich eine Schülermonatskarte im September auch weiterhin, jedoch ist mit mehr „Nicht-Käufern" zu rechnen, wenn beispielsweise in den drei Schulwochen Schüler mit dem Fahrrad zur Schule fahren.

Die Verwaltung schlägt vor, dass der Landkreis diese möglicherweise wegfallenden Einnahmen den Busunternehmen erstattet.

Der Erstattungsbetrag errechnet sich aus der Differenz der verkauften Einzelfahrkarten in den Monaten Juli bis September (Mittelwert der Jahre 2017 bis 2019) und dem Jahr 2020. Hinzu kommt noch der Differenzbetrag der Schülermonatskarten (Mittelwert der Jahre 2017 bis 2019) und dem Jahr 2020.

Berechnungsbeispiel:
Bei einem Rückgang von 10% der Schülermonatskarten im September, fehlen den Busunternehmen Einnahmen in Höhe von ca. 36.000 EUR. Ein möglicher Rückgang bei den Einzelfahrkarten kann aufgrund der Größenordnung vernachlässigt werden. Bei einem höheren Rückgang erhöhen sich dementsprechend die finanziellen Auswirkungen. Die VGF hält einen Rückgang von bis zu 20 % für möglich.

III. Begründung des Beschlussvorschlags

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird von Seiten der Verwaltung unterstützt, da damit das bisherige System vereinfacht wird, sich die möglicherweise anfallenden Kosten in einem angemessenen Rahmen bewegen und für alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit geschaffen wird, den ÖPNV in den Sommerferien kostenlos zu nutzen. Mit dieser kostenlosen Nutzung schafft der Landkreis für seine Schülerinnen und Schüler ein sehr attraktives Angebot. Hierdurch kann gerade die junge Generation gewonnen werden, künftig mehr die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen.

IV. Finanzielle Auswirkungen

Mehrbelastung des Kreishaushalts abhängig vom Rückgang bei den Schülermonatskarten im September. Bei 10% Rückgang kommt es zu einer Mehrbelastung von 36.000 EUR.